

Luzerner Tagblatt.

PA Herrn Schiffmann, Bibliothekar, 2017

Neundreißigster Jahrgang.

N^o 91.

Abonnementspreis:
Durch die Post bestellt: 12. 80 Fr. 8. 40 Fr. 8. 40 Fr.
Für Luzern zum Bezingen: 12. — " 8. — " 8. —
Für Adressen: 10. — " 8. — " 8. —
Er erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditionsbüro: St. Jakobsvorplatz 565 E.
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Insertionspreis:
Die einspaltige Zeitzeile oder deren Raum 10 Ct.
Für Wiederholungen 8
Inserat-Nachnahme, größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr, in
den Expeditionsbüro St. Jakobsvorplatz und Filiale am Korn-
markt. — Musikant über Inserate ebenfalls oder durch
Telephon. — Schriftliche Ankündigung über Inserate gegen
Einsendung der betr. Kassatur in Postmarken.

Mittwoch,

Gratis-Zeitlagen

Jeden Freitag die hiesigen Zeitlagen, "Wöchentliche Unterhaltungen"
Wie vierzehn Tage das "Auswahlsblatt", "Gemeinnützige Blätter"

Gratis-Zeitlagen

17. April 1880.

Δ Aus der Bundesversammlung.

Die Tessiner Woche möchte ich die letzten sechs Tage der Bundesversammlung nennen. Im Nationalrathe begann und in beiden Räten schloß sie mit dieser Angelegenheit, und außerhalb der offiziellen Verhandlungen bildeten fast ausschließlich die Tessiner Vorgänge den Unterhaltungsstoff. Auch das Publikum nahm Interesse an den Beratungen; die Tribünen waren jenseits voll besetzt, die Diplomatie hat ihre Vertreter gesandt, und durch die Anwesenheit des Hrn. Bundespräsidenten Marel wollte wohl auch das Bundesgericht sich für die Entscheidung der verschiedenen bei ihm anhängigen Reklame juristische Auskünfte verschaffen.

Es war vorauszusetzen, daß die Diskussion sich recht belebt gestalten werde. Das Präsidium ermahnte daher und im Hinblick auf den unparlamentarischen Ton im Memorial des Hrn. König zu ruhiger Erörterung. Dieser Mahnung wurde durchweg Folge geleistet. Der erste Tag gehörte den Berichterstatter der Kommission. Es sprachen Häberlin sehr sachlich und klar, Comteffe, schon etwas wärmer werdend, Keel, das Vorgehen des Bundesrates scharf verurtheilend, aber immer noch gemessen, und Tschäpuli, in einzelnen Stellen seines Vortrages sehr heftig.

Der zweite Tag brachte schon mehr Abwechslung. Es war nämlich unter dem Antrag Steiger und Konforten bekannt geworden, nach welchem die bewaffnete Intervention vor genehmigt, aber der Bundesrat für seine Einmischung einen Hinweis erhalten sollte. Steiger glaubte damit den Stein der Weisen gefunden zu haben, während sein Antrag doch nur Verwirrung bringen konnte. Um diese zu beseitigen, ergriff am Dienstag das Kommissionsmitglied Feller das Wort, um in einer wirklich vorzüglichen Rede darzutun, daß es sich diesmal nur um die Interventionsfrage handeln könne, und daß mit Bezug auf diese der Bundesrat geacht, klug und erfolgreich vorgegangen sei. Was die Frage der Einmischung in die Wahlen betreffe, so müsse der Entschluß hierüber der Kommission vorbehalten bleiben. Das wollten aber die SS. Steiger und War nicht begreifen; sie hatten eben einmal ihren Antrag gestellt, und ein Bischofen mit den Tessinern zu liebäugeln, war ihnen Herzensbedürfnis. Hierauf verließ Hr. Suter durch eine juristisch sehr überzeugende Interpretation der beglücklichen Bestimmungen der Bundesversammlung den Boden, auf welchen der Bundesrat sich gestellt hatte. Es sprachen auch Bonzanigo und Pedrazzini, beide etwas scharf. Die Wirkung des Wortes Bonzanigos ging verloren, weil der Redner sehr leise und zudem italienisch sprach, was eben nur wenige Mitglieder des Rathes verstanden. Von Pedrazzini's Rede hingegen wurde Wort für Wort gehört. Unterdessen machte Hr. Audouinet selbstige Notizen. Das war die zweite Sitzung.

Die dritte geschiede in der Hauptsache den Bundesräthen. Sobald sie eröffnet war, protestirte Vernasconi gegen die Behauptung seines Landammanns und politischen Gegners Pedrazzini, der die Liberalen beschuldigt hatte, die Revolution zu planen. Darauf ergriff Audouinet das Wort, um in formvollendeter, von tiefem Patriotismus eingehener und oft erregter Rede darzutun, wie der Bundesrat zu seinen Maßregeln gelangt sei; wie er zu seinen andern habe gelangen können; wie sie zum Heile des Kantons Tessin und der Eidgenossenschaft ausgefallen seien; wie wenig zu den Worten des tessinischen Deputirten, welcher die jegige Regierung aus viel eidgenössischer, denn die jetzige, darstellten wolle, die Verhältnisse gegenüber dem Bundesrat passe, und welche verwegenes Spiel sie treibe, wenn sie von einer Unterdrückung des Tessin durch den Bund rede, während doch der Bund es sei, der Recht und Freiheit gebracht habe und fortwährend Geld hinsende, um nöthige Dinge zu ermöglichen. Hr. Audouinet sprach aus dem Herzen aller Freisinnigen im Saale und auf den Tribünen. Er hatte alles das gesagt, was sie gerne gesagt hätten, aber so gut es nicht hätten sagen können. Darum ertönten von allen Seiten Bravo und Beifallsclausen.

Hr. Pedrazzini hatte viele Notizen gemacht; aber er bekam noch Schlimmeres zu hören, und wohl darum verging ihm die Lust zum Weiterreden. Zunächst gab's zwar für ihn einen Augenblick Ruhe. Denn Müller von Bern nahm unterdessen am Antrag Steiger und Konforten eine recht gründliche Operation vor. Er legte, wie unklar, ungreifbar und verschlagen — er gebraucht zwar dieses Wort nicht — er set, und that ihn damit ab. Darauf ging's wieder auf Pedrazzini los. Er hatte am Vormittag erklärt, daß die Annahme des Wehrrechtsantrages für den Föderalismus den Tod bedeute. „Nein“, rief Favon, „durch ein

Treiben, wie die Tessiner Regierung es an den Tag legt, ist der Föderalismus bedroht und muß der Centralismus erstarken.“ Aber erst Bundesrat Hausler war's, der in sehr ruhiger, wenn auch mitunter bedenklich-farfalliger Weise der Tessiner Regierung einen blutigen Stoß auf den andern verleiht, ohne daß er dabei etwas anderes gethan hätte, als die militärischen Maßregeln jenseits und diesseits des Gotthard des Näheren zu beleuchten.

Bundesrat Wetti beschränkte sich auf die Zurückweisung des Vorwurfs, daß der Bundesrat das Depeschengeheimniß verlegt hätte. Zu guter Letzt, und zwar nachdem andere Redner bereits auf das Wort verzichtet hatten, bestand Pychon darauf, noch reden zu können. Die Leute behaupteten, er habe seine Rede bereits der Presse überliefert gehabt. Unter dem Anschein der bonhomie wollte er weiter Tadel, noch Billigung der Intervention aussprechen, sondern bloß von ihr Abnehmen und dann in seinen Antrag so ein paar Wörlein aufnehmen, nach welchen der Bund die Kosten der Intervention bestreiten sollte. Doch der Rath merkte die Schlämmelei und lehnte sie ab. — Die Abstimmung über das Ganze erfolgte Abends 8 1/2 Uhr. So spät hat der Rath seit Dejemien keinen Namensaufruf mehr vorgenommen.

17 Redner haben im Nationalrathe in der Tessiner Frage das Wort ergriffen; im Ständerathe thaten es 13, einer freilich zweimal. Es sprachen: Kellersberger, Sobar, Schmid, de Zorrenst, Scherb, Zweifel, Keel, Droy, Walli, Schaller, Gnanod, Hausler, Witz. Der Verlauf ist im großen Ganzen der gleiche gewesen, wie im Nationalrathe, nur daß die Diskussion doch nicht ganz so gehalvoll, dagegen um so pathetischer war.

Indeß ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Die Kommissionsminderheit hatte gar nicht mehr gewagt, einen Antrag auf förmliche Nichterzählung der Intervention zu bringen; bloß in den Erwägungen zum betreffenden Bundesbeschlusse wagte sie etwas, das Tadel heißt, auszusprechen. Das war aber nicht nach dem Herzen der Tessiner. Pedrazzini rief seine ultramontanen Kantonsgenossen sofort zusammen und sie beschloßen, der konfessionell-katholischen Gruppe der Bundesversammlung zu erklären, daß sie aus ihrem Verbände austreten, sofern der Minderheitsantrag nicht geändert würde. Die Herren erst sprachen, und der Minderheits-Berichterstatter de Zorrenst schlug nun folgendes vor: „Von der vom Bundesrathe angeordneten Aufstellung eines eidgenössischen Kommissariats und der bewaffneten Intervention, sowie von der letzter verfügen Wiedereinsetzung dieser Maßnahmen wird mit Bedauern Ab genommen.“ In der Hitze des Gefechtes hatte der gelehrte Herr nicht bemerkt, daß das Bedauern über die Wiedereinsetzung der Intervention doch komisch wirken müßte. Andere aber fanden es später heraus, und der Antrag wurde dann so geändert, daß das Bedauern sich nur auf die Intervention beziehen konnte, und daß es im Weiteren hieß, der Rath nehme mit Befriedigung von der Wiedereinsetzung dieser Maßnahmen Ab. Auch der Ständerath hat der Tessiner Frage drei Sitzungen widmen müssen. Er hätte besser gethan, am ersten Tag zwei Sitzungen zu halten.

Ueber das Andere, was in dieser Woche geschehen ist, kann ich mich kurz fassen. In Bemerkungen geben nur die Abweisung der Beschwerde der Nordostbahn betr. Dampfbootkonfessionen und die Interpellation Anlaß. Es hat nicht angenehm berührt, daß ein oder zwei Verwaltungsräthe der Nordostbahn für deren Interessen aufgetreten sind. Die Interpellation Thurnauß betr. die Jura- und Aargau-Korrekturen arbeiten auf dem Gebiete des Kantons Solothurn hätte unterbleiben können und wäre vielleicht unterbleiben, wenn die Herren die bereits erwähnten Theile des Geschäftsberichts des Bundesrates pro 1880 gelesen hätten.

In der Interpellation Steiger und Konforten betreffend die Lösung der Arbeiter am neuen Bundesratshaus lag vielleicht ein Stück Behnlichkeit, mit den berrischen Arbeitern freundliche Fühlung zu gewinnen; mit Bezug auf ihre beiden ersten Fragen hätte sie ebenfalls unterbleiben können; denn der Ausschluß, den Hr. Schenk geben konnte, ertheilte er aus dem Grunde, bereits erwähnten Theil des Geschäftsberichts. Dagegen muß man es begrüssen, wenn mit dieser Interpellation die Aussicht geschaffen wurde, daß der Bundesrat auf den Fall der Vergebung von Bundesarbeiten die Frage einer für Arbeiter und Arbeitübernehmer entsprechenden Lösung eingehend prüft.

Eidgenossenschaft.

Δ Die nationalrätliche Kommission für das Telephongesetz tritt am 20. Mai in Bern zusammen.

Luzern. Ueber die einheimische Pferdebauerei schreibt ein Sachverständiger im „Euz. Landb.“ u. A. Folgendes: Unsere luzernerischen und schweizerischen landwirtschaftlichen Verhältnisse waren der Pferdebauerei zu keiner Zeit günstig, und deshalb blieb die Schweiz bis zur Stunde sowohl im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, wie zum allgemeinen Wohlstand und dem landwirtschaftlich benutzten Boden das pferdeärmste Land Europas. Dreyer Grund und Boden, das vollständige Fehlen des eigentlichen Staatsgrundbesitzes, der Mangel an großen Staatsgütern sind eben der Pferdebauerei sehr ungünstige Umstände. Rechnen wir hinzu, daß durch die moderne Entwicklung der Technik, welche in der Landwirtschaft, der Industrie, im Transport- und Kommunikationswesen immer mehr die anmalte durch Dampf- und Wasserkräfte ersetzt, nun dann haben wir der Gründe genug, die uns eine Abnahme der Pferdebauerei und damit auch der Pferdebauerei erklären. Fast aber noch mehr als die genannten Faktoren fällt die moderne Umgestaltung der Betriebsrichtung unserer Landwirtschaft in Betracht. Ein ausgebreiteter Futterbau und künstliche Einschränkung des Ackerbaues, Verwertung des erzeugten Futters durch das Vieh, speziell durch die Milchschafe, das ist das Bild unserer heutigen Landwirtschaft. Alle diese Verhältnisse sind der Pferdebauerei und -haltung ungünstig. Daher kommt es, daß es in unserm Kanton Gemeinden gibt, — und zwar zählen sie zu den wohlhabendsten — die kaum mehr ihre Feuerpräge besippanen können. „Was man nicht braucht, ist zu theuer“, sagt ein altes auser Sprichwort, das unser Bauer nie vergessen darf, und es gilt daselbe von den in Rede stehenden Artikeln, nämlich von Pferde weit mehr als von irgend einer andern Waare. Unser Bauer braucht aber das Pferd bei unserer landwirtschaftlichen Betriebsrichtung und bei dem wenig zahlreichsten Grundbesitz, wie er bei uns glücklicherweise noch vorherrscht, wenig und kann daselbe vielfach durch den Zugochsen ersetzen.

Kriminalgericht. Auf Dienstag war Verhandlung angehängt im Strafprozeß gegen Johann Tanner von Hergiswil (St. Luzern) betreffend Gefährdung bei der im Sommer 1879 im Wänterseln bei Wolhusen vorgekommenen Brandstiftung. Bei jenem Brande brannten Wohnhaus und Scheune nieder; zwei Personen kamen in den Flammen um. Der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilte Brandstifter Jakob Sander konnte aus dem Zuchthaus entfliehen; Tanner, als sein Gehülfe bei der Brandstiftung angeklagt, wurde damals Wangel's genügendem Grundbesitz freigesprochen. Vor Kurzem wurde auf Grund schwerer Anklagen eine neue Untersuchung gegen ihn angehängt. (Weiterer Bericht folgt.)

* Der in Warau verstorbene Guttmacher Good von Wels (St. Gallen) hat nach der „Zof. Tagespost“ der Rettungssanftalt Sonnenberg bei Luzern 20,000 Fr. testirt.

Schölkram. (Korr. vom 14. April.) Die in Nr. 86 des „Waterland“ erschienene, aber von der Redaktion des genannten Blattes nur mit Dreyer aufgenommenen Korrespondenz von Schölkram trogt von argen Ueber-treibungen, Lügen und Verdächtigungen. In dessen wird auf eine weitere Zeitungspolemik mit dem großen „Nachtgelehrten“ verzichtet, da einerseits ein fernstehendes Publikum an unsern speziellen örtlichen Verhältnissen kein besonderes Interesse haben kann und andererseits die hiesige Bürgererschaft solche Elaborate selbständig auf ihren wahren Werth zu prüfen weiß. Wer den traurigen Muth hat, in grundlosster Weise seine Mißbrüger, resp. eine ganze politische Partei nach Außen in ein solch' miserables Licht zu stellen, der richtet sich nicht nur in seinem engen Kreise, sondern auch bei jedem fernstehenden Unparteilichen von selbst.

Littau. * Hier wurde letzten Sonntag Hr. Friedensrichter Dotta, der Kandidat der Liberalen, mit 193 gegen 126 Stimmen als Gemeinderathsuppléant gewählt. (Eine weitere Einsetzung legen wir danke bei Seite.)

Genève. (Korr.) Wahrscheinlich wird die Regierung kurz vor Oftern zusammenzutreten, um ihre Anträge betreffend das Vorgehen gegenüber den verdächtigen Russen zu formulieren. Nachdem in voriger Woche wieder vier Inhaftirte entlassen worden sind, befinden sich gegenwärtig noch sechs Russen im Untersuchungsgefängnis. Diefen dürfte Ausweisung bevorstehen, eine Maßregel, die, wie verlautet, unak-